Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Millimeterzeile für Anzeigen aus Stadt und Umgegend 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 12 Pfennige, Reklamezeile 30 Pfennige, auswärtige Reklame 1 Reichsmark, amtliche Zeile 40 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 197 — Dienstag, den 23. August 1932 — 27. Jahrgang

Die private Auslandsverschuldung Deutschlands

Erklärungen des Reichswirtschaftsministers Dr. Warmbold

Berlin, 20. August. Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat dem Berliner Vertreter der Associated Preß, P. Lochner, das nachstehende Interview zur Frage der privaten Verschuldung Deutschlands gewährt. — Eine Neuyorker Finanzzeitung meldete vor einigen Tagen, daß Deutschland immer noch mit dem Gedanken spiele, seine privaten Schulden, namentlich in Amerika, einseitig herabzusetzen. Auch ließen sich Neuyorker Zeitungen aus Berlin melden, daß sich die deutsche Regierung mit dem Gedanken trage, eine besondere Schuldenmission nach den Vereinigten Staaten zu entsenden. Diese Mission solle entweder eine zeitweilige Zinssenkung oder ein mehrjähriges Zinsmoratorium erreichen. Diese Nachricht ist bereits amtlich dementiert worden. — Zu den angeblichen Absichten einer Schuldenabwertung erklärte der Reichswirtschaftsminister: Was die Frage der Herabsetzung der privaten Schulden anlange, so habe er bereits in dem Interview, das er dem Vertreter des „Nieuwe Rotterdamsche Courrant" Anfang Juli in Lausanne gegeben habe, ausgeführt, daß die deutsche Regierung eine Herabsetzung der privaten Schulden in Kapital und Zinsen niemals auch nur erwogen habe. Schon damals habe er bemerkt, daß die Reichsregierung alles daransetzen werde, den Schuldendienst des Reiches unter allen Umständen sicherzustellen und daß auch die privaten deutschen Schuldner alles tun würden, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Allerings werde bei einer Verschärfung der allgemeinen Deflation das Mißverhältnis zwischen Geld- und Güterwert, zwischen alten und neuen Schuldverhältnissen, noch zunehmen. Deshalb sei die Behandlung der privaten Verschuldung gar keine speziell deutsche, sondern eine internationale Frage. Sie werde sich daher in einer deutsch-amerikanischen Aussprache gar nicht allein klären lassen. — Die deutsche Regierung habe stets den Standpunkt vertreten, daß es einzig und allein Sache der deutschen Privatschuldner sei, sich mit ihren amerikanischen und sonstigen ausländischen Gläubigern in Verbindung zu setzen, wenn sie den Schuldendienst nicht mehr leisten zu können glauben. Die beteiligten Regierungen könnten in dieser Hinsicht nur insoweit eingreifen, als sie durch wirtschaftspolitische Maßnahmen der Deflation Einhalt zu tun und damit die Grundlagen für eine Gesundung der Schuldverhältnisse zu schaffen suchten. Ferner könnten die Regierungen dadurch zu einer Erleichterung des Schuldendienstes beitragen, daß sie gegebenenfalls gesetzliche oder sonstige Hindernisse, die einer Auseinandersetzung zwischen den Gläubigern und Schuldnern im Wege stehen, aus dem Wege räumen. Die Uebertragung der fälligen Zins- und Tilgungsraten nach den Gläubigerländern würde freilich außerordentlich gefördert werden, wenn die Gläubigerländer sich zu der Erkenntnis durchringen könnten, daß die Leistung eines so hohen Schuldendienstes, wie ihn die deutsche Volkswirtschaft in den nächsten Jahren an ihre ausländischen Gläubiger zu entrichten hat, mehr als 1,5 Milliarden RM jährlich, bis auf einen verschwindenden Bruchteil nur in Waren möglich sei und deshalb bei den Gläubigerländern

offene Grenzen

voraussetze. Der Reichswirtschaftsminister wies schließlich darauf hin, daß auch der Herr Reichskanzler Ende Juli in einem Interview mit einem amerikanischen Zeitungsverleger ausgeführt habe, Deutschland habe durchaus die Absicht, seine Schulden zu tilgen. Wenn die Frage nach einer Herabsetzung der Zinsrate für Deutschlands Privatschulden an das Ausland zur Erörterung komme, so werde Deutschland gewiß nicht einseitig Schritte in dieser Richung unternehmen, sondern eine Einigung mit seinen Gläubigern zu erzielen suchen. Er hoffe zuversichtlich, daß durch eine Einigung mit Deutschlands Privatgläubigern ein Transfermoratorium umgangen werden könne

Preußischer Landtag zum 1. September einberufen

Berlin, 20. Aug. Wie das Nachrichtenbureau des VDZ. meldet, hat der Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, nunmehr das preußische Landtagsplenum auf den 1. September, mittags 13 Uhr, einberufen. Die Tagesordnung sieht, wie wir bereits meldeten, große politische Debatten über die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen und die verschiedenen blutigen Zusammenstöße vor. Am Freitag, den 2. September, sind Abstimmungen angesetzt, u. a. auch über die verschiedenen Bergwerksanträge, vor deren Beschlußfassung das Haus in seinem letzten Sitzungsabschnitt beschlußunfähig gemacht worden war. Der Aeltestenrat, der am Donnerstag, den 1. September, vor Plenarsitzungsbeginn zusammentritt, wird zu entscheiden haben, wielange der September-Sitzungsabschnitt dauern und ob und wann die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die Fühlungnahme zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in der Frage der Neubildung der Preußischen Regierung sind heute fortgesetzt worden mit einer Aussprache zwischen dem Landtagspräsidenten Kerrl und dem Vertreter des Zentrums, Abg. Graß. Das Datum des 1. September für die Plenarsitzung ist allerdings insofern ungünstig gewählt, weil um diese Zeit in Essen der Katholikentag stattfindet, an dem die Zentrumsabgeordneten teilzunehmen wünschen. Das Zentrum hat deshalb Bemühungen unternommen, den Tagungstermin um einige Zeit hinauszuschieben.

Der Präsident des Preußischen Landtages zur Lage

Berlin, 20. Aug. Der Präsident des Preußischen Landtages, Kerrl, hat einem Mitarbeiter des nationalsozialistischen „Angriff" gegenüber Mitteilungen über die politische Lage in Preußen gemacht, in denen er u. a. ausführte: Alle bisher von der Linkspresse veröffentlichten Nachrichten über Verhandlungen zwischen ihm und dem Zentrum bezw. dem Abg. Kube seien Unsinn. Abg. Kube selbst sei für Verhandlungen deshalb nicht in Frage gekommen, weil er seinen dringend benötigten Erholungsurlaub außerhalb Berlins verbracht habe. Er, der Landtagspräsident, habe sich vor drei Tagen zu einer der üblichen Besprechungen zum Führer begeben, die volle Einmütigkeit auch mit den anwesenden Inspekteuren der Partei ergeben habe. Alle seien sich darüber klar gewesen, daß es der Partei lediglich um den Führungsanspruch gehe und daß sie legal die Macht erreichen werde, die ihr zustehe.

Nationalsozialistische Führertagung in München

München, 20. Aug. Am Donnerstag, den 18. Aug., fand laut Nationalsozialistischer Korrespondenz in München in den neu eingerichteten Räumen der Reichsorganisationsleitung der NSDAP. eine Besprechung der Reichs- und Landesinspekteure der Partei unter dem Vorsitz des Reichsorganisationsleiters Gregor Straßer statt. Es wurde eingehend die politische Lage erörtert und wichtige organisatorische Fragen durchgesprochen. Die Landesinspekteure gaben der Reichsorganisationsleitung ein Bild der Partei in den einzelnen Gauen, wobei sie zum Ausdruck brachten, daß die feste und unerschütterliche Haltung des Führers gegenüber den „Sirenenklängen" des Kabinetts Papen ungeheuere Freude unter den Parteigenossen ausgelöst habe.

Fraktionsführerbesprechung im Reichstag

Berlin, 20. Aug. Im Reichstage fand am Sonnabendvormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Löbe, der bis zur Neuwahl des Präsidiums noch im Amte ist, eine Sitzung der Fraktionsführer statt, in der die Plätzeverteilung vorgenommen wurde und die Dispositionen für die ersten Sitzungen getroffen wurden. Wer beim Zusammentreten des Reichstages die Verhandlungen leiten wird, steht noch nicht endgültig fest. Ueber die Erkrankung von Frau Zetkin liegen direkte Meldungen aus Moskau noch nicht vor. Man hofft, Mitte der nächsten Woche genaueres darüber erfahren zu können. Die erste Sitzung des neugewählten Reichstages am 30. August wird lediglich der Konstituierung gewidmet sein. Das Haus wird sich also nach Feststellung der Beschlußfähigkeit sofort wieder vertagen. In der zweiten Sitzung würden dann wie üblich das Präsidium und die Schriftführer gewählt werden. Weitere Dispositionen konnten noch nicht getroffen werden. Präsident Löbe hat die Fraktionsführer gebeten, ihm die Mitglieder für den neuen Aeltestenrat zu nennen, ebenso hat er gebeten, schon recht bald die Mitglieder der Fraktionen für den ersten Ausschuß des Reichstages für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung und den Auswärtigen Ausschuß des Reichstages auszuwählen, damit diese beiden Ausschüsse, die als Organe des Reichstages auch in Zeiten in Frage kommen, wo das Parlament selbst nicht versammelt ist, für den Notfall möglichst bald zur Verfügung stehen. Dann wurde die vom Büro des Reichstages vorgeschlagene Platzverteilung genehmigt. Im Plenarsaal sind die bisher noch bestehenden Pulte der Abgeordneten beseitigt worden, für die in der ersten Reihe dem Redner zunächst sitzenden Fraktionsführer behalten noch Pultkästen. Dadurch sind 28 Plätze gewonnen worden. Die außerdem noch fehlenden drei Plätze wurden an den Wänden des Saales neu geschaffen. Die ganze rechte Seite bis in den dritten Sektor hinein nehmen künftig die Nationalsozialisten ein. Sie haben fünf Plätze in der vordersten Reihe. Schmale Sektoren haben daneben dann die Deutschnationalen und die Bayerische Volkspartei, die je einen Vorderplatz bekamen. Ziemlich weit nach links gerückt ist das Zentrum mit zwei Vorderplätzen. Dann folgen die Sozialdemokraten mit drei und auf der Linken die Kommunisten mit zwei Sitzen auf der vordersten Reihe. Die kleinen Parteien sind diesmal in den Mittelpunktsektor zwischen Bayerische Volkspartei und Deutschnationale gerückt. Die Deutschnationalen haben auch noch Plätze im Mittelsektor bekommen. Die Staatspartei hat ihre vier Plätze hinter den Sozialdemokraten. Der Saal ist nunmehr voll ausgenutzt. Die Schaffung weiterer Plätze für eine noch stärkere Abgeordnetenzahl scheint unmöglich. Der Saal war für 397 Abgeordnete gebaut. Er umfaßt jetzt 608 Plätze. — Reichskanzler von Papen hat den Wunsch, unmittelbar nach der Wahl des Präsidiums des Reichstages mit dem neuen Aeltestenrat über die weitere parlamentarische Arbeit zu beraten. Man nimmt deshalb in parlamentarischen Kreisen an, daß nach den beiden ersten mehr formellen Sitzungen des Reichstages eine mindestens mehrtägige Pause eintritt, während der bereits der Reichskanzler mit den Parteien die weitere Arbeit vorbereiten kann.

Appell auf Verfassungsänderung an den Reichspräsidenten

Berlin, 20. Aug. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, hat der Führer der jungdeutschen Bewegung, Mahraun, unter Zustimmung der Unterführer des Jungdeutschen Ordens aus dem ganzen Reich dem Reichspräsidenten von Hindenburg die Bitte unterbreitet, einen Ausschuß einzuberufen, der den Entwurf einer Verfassungsänderung zur Abstellung von Mängeln der Weimarer Verfassung ausarbeiten soll. In dem Schreiben, das nach Neudeck gerichtet wurde, heißt es, die Führer der jungdeutschen Bewegung richteten die dringende Bitte an den Reichspräsidenten, durch sein persönliches Eingreifen der unerträglichen parteipolitischen Verwirrung ein Ende zu bereiten. Der Grund der Verwirrung sei in der schrankenlosen Herrschaft der Demagogie zu sehen, die durch Mängel in der Verfassung von Weimar möglich geworden sei. Die Beseitigung der Verwirrung sei nur durch einen Ausbau der Verfassung zu erreichen. Nur Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, so fährt das Schreiben fort, verfügen über das Vertrauen der Mehrheit des deutschen Volkes. Darum ist es auch nur Ihnen möglich, das deutsche Volk in dem Willen zu einen, seine Verfassung im Sinne der Befriedung des öffentlichen Lebens und einer kraftvollen Lenkung des Reiches auszubauen.

Die Besprechungen des Kanzlers mit dem Reichsbankpräsidenten

Berlin, 20. Aug. Die Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten sind, wie bereits gemeldet, auch gestern fortgeführt worden. Wie wir von unterrichteter Seite hören, haben sie zu einer vollständigen Einigung geführt. Die wertvollen Anregungen, die Dr. Luther zum Wirtschaftsprogramm gegeben hat, werden als Unterlagen für das wirtschaftliche Aufbauprogramm verwertet. Die Grundzüge dieses Programms wird der Reichskanzler in seiner für den 28. August vorgesehenen Rede vor den westfälischen Bauern bekanntgeben.

Die kommenden Rundfunkkommissare in Preußen

Berlin, 20. Aug. Wie wir erfahren, sollen in diesen Tagen die politischen Rundfunkkommissare für die einzelnen Länder durch die Landesregierungen ernannt werden. Für die preußischen Sender wird in politischen Kreisen als Kommissar der Ministerialrat Strunden aus dem Preußischen Staatsministerium genannt, während für Berlin Oberregierungsrat von Blum in Aussicht genommen ist. Für den Südwestdeutschen Rundfunk in Frankfurt a. M. wird Oberregierungsrat Dr. Hammacher vom Regierungspräsidium in Wiesbaden als preußischer Kommissar genannt, für den preußischen Sender in Köln ist nach Mitteilung aus politischen Kreisen Regierungsrat Thedieck und für den Sender Königsberg Oberregierungsrat Dunkelbeck vom dortigen Regierungspräsidium in Aussicht genommen worden.

Zuwachs für die Deutschnationalen im Reichstag

Berlin, 20. Aug. Wie das Nachrichtenbüro der VDZ. meldet, haben die zwei auf der Liste des Württembergischen Weingärtner- und Bauernbundes gewählten Reichstagsabgeordneten und der auf der Landbundliste gewählte Abgeordnete Habicht die Absicht, sich der deutschnationalen Reichstagsfraktion anzuschließen, so daß diese auf 40 Sitze kommen würde.

Danzig stellt Anträge beim Völkerbundkommissar

Danzig, 20. Aug. Der Senat der freien Stadt Danzig hat dem Hohen Kommissar des Völkerbundes zwei Anträge unterbreitet. Der erste bezweckt eine für Danzig erträgliche Anwendung des Systems der Staffelzölle, der